

Interview „NATO-Gipfel und die Bundeswehr“

Silvia Engels im Gespräch mit Nils Schmid, SPD, außenpolitischer Sprecher

"Informationen am Morgen", 29.6.2022, 6:50 Uhr

Silvia Engels: Am Abend hat der NATO-Gipfel in Madrid begonnen. Wie soll sich das Verteidigungsbündnis strategisch neu aufstellen, seitdem der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Sicherheitsordnung in Europa massiv verändert hat? Das wird die Hauptfrage der Staats- und Regierungschefs der 30 NATO-Partner sein, denn ein anderes großes Streitthema räumten die Mitglieder schon gestern Abend ab. Die Türkei gibt ihren Widerstand gegen den Beitritt von Schweden und Finnland zur NATO auf.

Am Telefon ist Nils Schmid. Er ist Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss. Guten Morgen, Herr Schmid!

Nils Schmid: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Greifen wir direkt den letzten Punkt des Beitrages auf. Deutschland und die Niederlande haben angekündigt, weitere

Panzerhaubitzen an Kiew liefern zu wollen. Ist das ein Zwischenschritt aus deutscher Sicht oder folgt darauf noch mehr?

Schmid: Ja, es ist für beides zugleich ein Zwischenschritt. Es ist eine weitere Verstärkung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit. Es sind weitere Lieferungen angekündigt von modernen Waffensystemen. Es ist vorgesehen, ukrainische Soldaten an solchen Systemen auszubilden. Das heißt, die Ukraine kann sich voll und ganz auf die tatkräftige Unterstützung aus Deutschland, aber auch von anderen westlichen Partnern verlassen.

Engels: Der ukrainische Präsident Selenskyj will vor allem Raketenabwehrsysteme. Da hat Deutschland auch schon Unterstützung angekündigt. Aber wann ist es soweit und kann Deutschland hier vor allen Dingen schnell helfen?

Schmid: Die Tatsache, dass wir in kurzer Zeit ukrainische Soldaten an den Panzerhaubitzen ausgebildet haben, so dass die jetzt auch gefechtsbereit sind, zeigt an, dass wir von unserer Seite alles dafür tun, möglichst schnell zu helfen. Bei modernen Waffensystemen braucht es eine gewisse Einweisungszeit. Die sind computergesteuert und brauchen deshalb eine ernsthafte Ausbildung. Wir werden weiterhin, so schnell es geht, Systeme liefern, so wie die anderen Partner auch, denn die Ukraine ist seit Wochen in einem schweren Gefecht mit russischen Streitkräften. Deshalb ist jetzt militärische Unterstützung entscheidend, denn

offensichtlich will Putin nicht verhandeln, sondern wir brauchen weiterhin militärischen Druck, um überhaupt zu akzeptablen Verhandlungen für die Ukraine zu kommen.

Engels: Da sind wir beim Thema. Ein Abnutzungskrieg mit – so sieht es im Moment aus – wohl militärischem Übergewicht durchaus der russischen Truppen durch diese Masse. Wie lang kann das noch weitergehen?

Schmid: Es ist zu befürchten, dass es noch Wochen und Monate geht, denn es ist ganz offenkundig, dass Putin weiterhin ausschließlich auf die militärische Karte setzt. Er geht davon aus, dass er durch einen langen Artilleriekrieg nach und nach weiteres Terrain gewinnen kann. Er will keine Verhandlungslösung. Er ist nicht bereit, über die Zukunft der von Russland besetzten Gebiete mit der Ukraine ernsthaft zu verhandeln. Umgekehrt ist der Widerstandswillen der Ukraine ungebrochen und sie verdient weiterhin unsere volle Unterstützung, auch durch Waffenlieferungen. Deshalb muss man davon ausgehen, dass dieser Krieg sich noch weit in den Herbst hineinziehen wird, und deshalb kommt es wie gesagt entscheidend darauf an, jetzt militärisch das Gleichgewicht zu Gunsten der Ukraine zu verschieben, damit sie ihr Selbstverteidigungsrecht nach der UN-Charta auch wirklich ausüben kann.

Engels: Dann werden wir jetzt mal den Fokus von der Ukraine etwas wegnehmen, auch wenn das im Hintergrund immer eine Rolle spielt. Schauen wir auf den konkreten Konflikt, der ganz knapp vor Beginn des

NATO-Gipfels in Madrid gelöst wurde. Die Türkei hat ihren Widerstand gegen die Aufnahme von Finnland und Schweden in die NATO aufgegeben. Steht der NATO-Mitgliedschaft der beiden Nordländer nach Ihrer Ansicht nun noch irgendetwas entgegen?

Schmid: Nein, überhaupt nicht. Das ist ein sehr gutes Signal, dass es zu dieser Einigung pünktlich zum NATO-Gipfel gekommen ist. Damit ist klar, dass Schweden und Finnland rasch beitreten können. Das ist auch ein gutes Signal, dass die Türkei ihre Mitgliedschaft in der NATO wertschätzt und auch bereit ist, solche Konflikte zu lösen. Auch das gilt es anzuerkennen. Und es ist ein Gewinn für die NATO, denn Schweden und Finnland sind modern ausgerüstete Armeen mit einer klaren Verteidigungsdoktrin. Gleichzeitig sind es Länder, die eine lange friedens- und abrüstungspolitische Tradition haben, die auch darauf drängen werden, dass es zu Abrüstungsschritten in Zukunft kommen wird. Alles aus Sicht der NATO eine runde Sache, aus Putins Sicht ein unerwarteter strategischer Rückschlag, dass diese Länder, die bislang nicht NATO-Mitglied waren, jetzt NATO-Mitglied werden, und wir werden von der deutschen Seite her in kurzer Zeit die Ratifizierung vornehmen können. Es ist ja alles vorbereitet vom Außenministerium in Deutschland, dass wir hoffentlich wirklich umgehend das Ratifizierungsverfahren einleiten können.

Engels: Beobachter hatten den Eindruck, die Türkei hat hier sehr stark nationale Interessen in den Vordergrund gestellt. Inwieweit hat die Türkei durch dieses Verhalten Vertrauen im Bündnis beschädigt?

Schmid: Die Türkei hat seit vielen Jahren unter Erdogan immer wieder versucht, nationale Interessen bei solchen Fragen der EU-Annäherung oder vor allem auch der NATO-Mitgliedschaft als Hebel einzusetzen. Das ist ihr mehr oder weniger gut gelungen. In diesem Fall muss man anerkennen, dass die Türkei berechnete Sicherheitsinteressen durch ihre Lage hat. Der syrische Bürgerkrieg ist direkt vor der Haustür. Iran, das droht, eine Atombombe zu bekommen, ist ein Nachbarland. Das Schwarze Meer ist durch den russischen Angriffskrieg auch quasi zu Kriegsgebiet geworden und die Bedrohung durch kurdische Terrororganisationen ist auch nichts Neues. Aber die Türkei hat das in der Vergangenheit über eine sehr breite Terrorismusdefinition versucht zu bekämpfen, die wir als Europäer nicht geteilt haben, und deshalb ist es wichtig, dass jetzt ein gemeinsames Verständnis von Schweden und Finnen und Türken über die Bekämpfung des Terrorismus erreicht worden ist, ohne den menschenrechtlichen Anspruch, den wir Europäer bei der Bekämpfung von Terrorismus haben, aufzugeben.

Engels: Dann schauen wir noch auf ein anderes NATO-Vorhaben. Das hat schon NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Vorfeld des Gipfels in den Raum gestellt. Er will die Zahl der NATO-Soldaten, die sich in hoher Einsatzbereitschaft halten, von derzeit insgesamt 40.000 auf deutlich

mehr als 300.000 in den nächsten Jahren erhöhen, und Verteidigungsministerin Lambrecht hat angekündigt, die Bundeswehr werde sich an diesen erweiterten NATO-Eingreifkräften mit insgesamt 15.000 Soldaten beteiligen. Kommen die jetzt obendrauf, denn bis jetzt hält Deutschland durchaus schon 10.000 Soldaten in dieser, sage ich mal, schnellen Reserve?

Schmid: Wir müssen davon ausgehen, dass auch Deutschland dann mehr Soldaten für diese Schnelle Eingreiftruppe bereitstellen muss.

Engels: Also 15.000 extra?

Schmid: Das muss dann das Verteidigungsministerium ausplanen, wie schnell ein solcher Aufwuchs geht. Aber klar ist, wenn es um Bündnis- und Landesverteidigung geht, dann ist Deutschland mitten drin. Deutschland ist geographisch zentral in Europa gelegen. Deutschland ist ein wichtiges NATO-Land mit einer großen Armee. Das heißt, wir müssen uns, ähnlich wie auch an der Sicherung der Ostflanke, mit erheblichen eigenen Beiträgen beteiligen und auch von der Logistik her, von der militärischen Infrastruktur her kommt es auf Deutschland an. Deshalb ist ja vor einigen Jahren schon beschlossen worden, dass Deutschland eine NATO-Logistikdrehscheibe aufbauen soll, gerade auch für das schnelle Verschieben von Truppen in Europa.

Engels: Die Wehrbeauftragte der Bundeswehr, Eva Högl, auch von der SPD, sagt heute der Augsburger Allgemeinen: „Für die Bundeswehr

bedeutet das eine enorme Herausforderung und erfordert große Anstrengungen hinsichtlich Personal, Material, Ausrüstung und Infrastruktur.“ Schafft die Bundeswehr das?

Schmid: Eva Högl hat recht, denn die Bundeswehr hat, wie die anderen NATO-Armeen in der Vergangenheit auch, sich stärker auf die Möglichkeit von Auslandseinsätzen vorbereitet. Jetzt rückt die Bündnisverteidigung wieder absolut in den Mittelpunkt. Das heißt, das Personal, die Ausrüstung, auch die Vorräte an militärischer Ausrüstung, zum Beispiel Munition, muss ganz anders und deutlich aufgestockt werden. Damit brauchen wir sicher eine gewisse Zeit, bis wir das erreichen, aber die Bundeswehr wird es schaffen. Mit dem 100 Milliarden Sonderfonds im Rücken haben wir die Weichen ...

Engels: Reicht das dann an Geld oder braucht es mehr?

Schmid: Die 100 Milliarden reichen für die nächsten Jahre, wahrscheinlich für diese Legislaturperiode, um die Bundeswehr besser auszustatten. Aber die Bemühungen müssen dann auch in der nächsten Legislaturperiode weitergehen, denn das Aufstocken beispielsweise von Munitionsvorräten ist eine große Aufgabe, und auch, was die Ausrüstung mit neuen Panzern der neuen Generation angeht, die zusammen mit Frankreich entwickelt werden sollen, und neuen Kampfflugzeugen, das wird noch viel Geld brauchen. Und auch die Entwicklungszeit von solchen neuen Kampfsystemen braucht ebenfalls Zeit.

Engels: Aber die Bundeswehr hat ja schon viele Aufgaben. Sie haben die Auslandseinsätze zum Beispiel angesprochen. Muss man davon welche zurückfahren, zum Beispiel in Afrika?

Schmid: Wir werden in Zukunft die Auslandseinsätze sehr genau prüfen. Wir haben ja nach der Erfahrung in Afghanistan nicht umsonst eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag eingerichtet, um die Auswertung dieses längsten deutschen Auslandseinsatzes vorzunehmen und auch Lehren für zukünftige Auslandseinsätze zu ziehen. Schon jetzt hat die Bundesregierung die Aufgabe, jeden Auslandseinsatz zu evaluieren, bevor er gegebenenfalls fortgesetzt wird. Das nehmen wir sehr ernst und deshalb wird sehr genau im Einzelfall abgewogen werden müssen, welche Auslandseinsätze für die Bundeswehr möglich sind, zusammen dann mit Verbündeten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.